

Bezugspreis:

Wochenschrift 30.- M., monatlich 1.- M., ...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die schmalste Spalte ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 16. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Vom preussischen Wahlkampf.

Der Hinauswurf als Privatsache.

Wir erhalten folgende Zuschrift: In Nr. 69 vom 12. Februar ...

Als wir am letzten Freitag den Wulle-Brief als erstes Stück unserer Dokumente ...

Die Affäre Kroschel.

Im Mai v. J. ließ der ehemalige Generalsekretär der Deutschnationalen Volkspartei ...

Herr Kroschel erläßt nun eine Erklärung, in der er weiter mitteilt: Er habe gegen die Mitglieder ...

Weitere Einzelheiten über das schamlose Verhalten der teilenden Kräfte innerhalb der Parteileitung ...

So ein früherer hervorragender Vertrauensmann der deutschnationalen Parteileitung ...

Einst und jetzt.

Von deutschnationaler Seite wird ein „Aufklärungsflugblatt“ ...

Reihe der großmäuligen nationalistischen Drückeberger ...

Ein Anwalt der Deutschnationalen.

In der 2. Sitzung der Preussischen Landesversammlung am 14. März ...

Wir wollen nicht eine Oppositionspartei — bloß um der Opposition willen — sein, im Gegenteil ...

Von sozialdemokratischer Seite aus bekämpfte der Genosse Severing diesen Antrag ...

Es war verwunderlich, daß der Unabhängige Rosenfeld als Anwalt der Deutschnationalen auftrat ...

In dieser Zeit ist das nichts Neues mehr, denn wir haben es doch des öfteren erlebt ...

Berliner Versammlungen.

Die Politik der bürgerlichen Parteien. Unter sehr großem, fast lebensgefährlichen Andrang ...

„Von Herat bis Scheidemann.“ Lange Gesichter machten die Hohenzollernhaubtenträger ...

Preußenwahl und Sozialpolitik.

Von Regierungsrat Dr. Georg Flotow.

In der preussischen Wahlbewegung spielen die Gegenstände der innerpreussischen Gesetzgebung ...

Auf die Reichsgesetzgebung wirkt die Preußenwahl staatsrechtlich durch die Art der preussischen Vertretung im Reichsrat ein ...

Der Reichsrat besteht zurzeit aus 55 Mitgliedern. Unter diesen sind 22 preussische Mitglieder ...

Die Durchführung der Reichsgesetze liegt auch nach der jetzigen Reichsverfassung, obwohl wir heute eine weitergehende Reichsverwaltung haben ...

In diesem Zusammenhang gewinnt die Zusammensetzung des preussischen Staatsrats, der „Vertretung der Provinzen bei der Gesetzgebung ...

Alle diese staatsrechtlichen Ausführungen werden an der Hand praktischer Beispiele aus dem Gebiete der Sozialpolitik noch klarer werden.

Wie die Schlichtungsordnung, das Tarifgesetz, die Arbeitslosenversicherung, das Arbeitsnachweisgesetz ...



erst kürzlich haben, als die preussische Regierung der Öffentlichkeit mitteilte, sie würde im Reichsrat für das Beamtenrätegesetz im Gegensatz zu den bayerischen Vorschlägen eines Beamtenkammergesetzes eintreten. Die Wichtigkeit der genannten sozialpolitischen Gesetze für die Arbeiterschaft braucht wohl in diesem Zusammenhang nicht näher dargelegt zu werden.

Die Bedeutung der Art der Ausführung der sozialpolitischen Reichsgesetzgebung erhellt, wenn man sich erinnert, welche Macht z. B. zurzeit noch die Regierungspräsidenten als Demobilisierungskommissare haben, wie sehr es von ihnen abhängt, in welchem Sinne die wirtschaftlichen Kämpfe zum Austrag kommen. Wenn heute die Arbeiterschaft die Anwendung des Nachmittels der Verbindlichkeitserklärung verlangt (die grundsätzliche Stellungnahme zum System der Verbindlichkeitserklärungen bleibe hier unerörtert), so möge der Arbeiter und Angestellte als Wähler wissen, daß er durch Abgabe des Stimmzettels mit an der Regierungsbildung und dadurch mittelbar an der Bestellung seines zuständigen Demobilisierungskommissars mitwirkt. Ein gut Teil Ausführung des Betriebsrätegesetzes ist in die Hand der Landesregierungen gelegt, besonders für die staatlichen und kommunalen Verwaltungen. Ueber diese Ausführungsverordnungen entscheidet künftig das Ministerium im Zusammenwirken mit dem Staatrat. Der Stimmzettel zum Provinziallandtag entscheidet also auch über die Durchführung dieses wichtigen sozialpolitischen Gesetzes.

Welche Bedeutung die Stimme des Vorstehenden in den Schlichtungsausschüssen in allen Arbeitsstreitigkeiten hat, bedarf wohl keiner Erläuterung, mag es sich um Fälle handeln, in denen ein unverbindlicher Schiedspruch abgegeben wird, der nur durch seine moralische Kraft wirken soll und erfahrungsgemäß wirkt (durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung in Presse, Versammlungen usw.) oder um Fälle, in denen nach dem Betriebsrätegesetz die Schlichtungsausschüsse endgültige Entscheidungen fällen. Häufig stehen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Schlichtungsausschuss gegenüber. Nach den veröffentlichten Entwürfen der Schlichtungsordnung sollen die Vorstehenden der Schlichtungsausschüsse mangels Einigung der Parteien von den Landeszentralbehörden bestellt werden. Welche Macht damit in der Hand der künftigen preussischen Regierung für die Austragung von Arbeitsstreitigkeiten gelegt wäre, ergibt sich bei dieser Sachlage von selbst, ebenso, welchen Wert es für die Arbeiterschaft hat, bei der Ernennung der Vorstehenden der Schlichtungsausschüsse niederer und höherer Instanz ihr Gewicht mit in die Waagschale zu werfen. Ganz ähnlich verhält es sich bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, zumal wenn diese, was bekanntlich nicht unmöglich ist, als künftige Arbeitsgerichte in irgendeiner Verbindung mit den ordentlichen Gerichten gebracht werden sollten, und dann auch die sonst in der Hand der Landesregierung liegende Richterernennung für die Aburteilung aller Arbeitsstreitigkeiten maßgebend wird.

Die Befreiung von der gesetzlichen Höchstarbeitszeit im einzelnen Falle ist Sache der einzelstaatlichen Verwaltungsbehörden. Wer deren Inhaber ist, ist daher auch unter dem Gesichtspunkt des Arbeiterschutzes von größtem Interesse. In Baden ist jüngst eine erweiterte Beteiligung der Betriebsräte bei der Ausübung der Gewerbeaufsicht beschlossen worden; die Möglichkeit solcher Maßnahmen hängt von der Zusammensetzung der künftigen preussischen Regierung ab.

Was wir an dem Beispiel der Sozialpolitik praktisch gezeigt haben, gilt für alle der Reichsgesetzgebung unterliegenden Gebiete staatlicher Betätigung. Die so oft stürmisch geforderte Demokratisierung der Verwaltung, das Eindringen der bisher ausgeschlossenen Schichten in den preussischen Verwaltungsapparat ist nicht nur für den Bereich der preussischen Gesetzgebung und ihre Durchführung, sondern vor allem auch für die Durchführung der Reichsgesetze entscheidend.

Die Ruhanwendung dieser Erörterungen brauchen wir hier nicht auszusprechen. Hier kam es nur darauf an, die Zusammenhänge aufzuzeichnen, die zwischen Reichspolitik, Reichsgesetzgebung und Durchführung der Reichsgesetze auf der einen

Seite und den Preußenwahlen auf der anderen Seite bestehen. Wer da glaubt, daß eigenes Interesse und das Interesse der Gesamtheit eine sozialistische Politik erfordern, der veräume nicht, dementsprechend zu handeln und die Wahlmühen und Wahlsäumigen aufzurütteln, die da meinen, es ist ja nur „Preußenwahl“. Babels Wort: „Wer Preußen hat, hat auch das Reich“, gilt heute genau wie ehemals.

## Die Auflösung des Selbstschutzes.

Berlin, 16. Februar. (T.) Der Inhalt des Gesetzes, betreffend die von den Alliierten geforderte Auflösung aller Selbstschutzorganisationen und das Verbot ihrer Wiedererrichtung, das in den ersten Tagen des kommenden Monats dem Reichstag zugehen wird, soll durch die Artikel 177 und 178 des Versailler Vertrages bestimmt sein. Diese Artikel verbieten allen Vereinen und Anstalten die Beschäftigung mit militärischen Dingen, die Ausbildung der Mitglieder im Gebrauche von Schusswaffen und die Vorbereitung irgendwelcher Mobilisierungsmaßnahmen.

## Ein nationaler Trauertag?

Berlin, 16. Februar. (T.) Die Regierungsparteien des Reichstags hatten vor einiger Zeit die Reichsregierung um Vorlegung eines Gesehentwurfes ersucht, durch den ein „nationaler Trauertag“ für die Opfer des Krieges eingeführt wird. Die Reichsregierung hat darauf mit den beteiligten Kreisen, besonders den kirchlichen Stellen, Fühlung genommen und nunmehr dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, in dem Sonntag, der 6. März 1921 zum allgemeinen Trauertag erklärt wird. Der Gesehentwurf bezieht sich nur auf dieses Jahr und behält die Frage der dauernden Einführung eines nationalen Trauertages weiteren Erwägungen vor.

Wir halten die Einführung eines nationalen Trauertages, die offenbar in Annäherung an englische und französische Muster gedacht ist, für überflüssig. Es kann und soll niemandem verwehrt werden, der Opfer des Krieges zu gedenken, jedoch erscheint es gerade aus Gründen der Pietät wenig zweckmäßig, die Hinterbliebenen zu Trauertaggebungen auf einen bestimmten Tag zu verpflichten. Wenn die Regierungsparteien des Reichstags schon das Bedürfnis nach Einführung eines solchen Trauertages empfinden, so sollte hierzu lieber der 1. August als der Tag gewählt werden, an dem das Unglück des Weltkrieges über uns hereinbrach.

## Deutschnationale Gespensterfurcht.

Die schwerindustrielle „Post“ hält es für angebracht, wieder einmal die Augen der Öffentlichkeit von den Rüstungen der Ogegesch-Reaktion abzulenken, und so gibt sie unter der Überschrift „Vorbereitungen zum Bürgerkrieg“ ihren Lesern „eine staatsgefährliche Botschaft“ zum Kenntnis. Es handelt sich hierbei, selbst wenn man dem aufgedunsenen und erregten Bericht der „Post“ folgt, um eine Besprechung von fünf kommunistischen Wirkkräften, die am 13. Dezember in Breslau stattfand. Hierbei wurden großspürige Redensarten vom Loschlagen, von Waffen und Munition, von Propaganda bei der Reichswehr und anderes mehr geführt — ganz im Stil jener kleinen Judendorfs, denen die „Post“ und ihre Befestigungsfreunde nur zu gern täglich zweimal die Spalten ihrer Blätter zur Verfügung stellen. Bei der Arbeiterschaft erregen derartige Enthüllungen nur noch Heiterkeit; gewisse Teile des Bürgertums aber werden vom Bolschewistenschreck immer wieder gebannt, und damit ist wenigstens ein Teil des Zieles jener gewissenhaften Publizisten erfüllt.

## Simons in Karlsruhe.

Karlsruhe, 16. Februar. (T.) Der Reichsaussenminister Dr. Simons traf nachmittags aus Stuttgart hier ein und machte dem Staatspräsidenten einen Besuch. Im Anschluß daran fand eine Sitzung des Staatsministeriums in Anwesenheit sämtlicher Mitglieder der Regierung statt. Um 6 Uhr hatte sich der Landtag in den oberen Räumen des Staatsministeriums versammelt. Hier begrüßte Staatspräsident Traub den Reichsaussenminister und führte aus: Baden stehe unentwegt zwei zum Reich; es erwarte und wolle keines Sonderbehandlung und Sonderprivilegien. Landtagspräsident Dr. Kopf versicherte erneut, daß sich sämtliche Parteien hinter die im

eine großartige, Einseitigkeit, ein drakonischer Zwang zur Einfachheit würde, und den späteren Generationen besser bekommen. Und wer weiß, ob man sie zur Bescheinigung der Befundung nicht herbeiwünschen sollte, wer weiß, ob sie nicht von innen und außen erzwungen uns bald beherrscht!

Aber das sind gefährliche Gedankengänge mit bedenklich radikaler Entleerung. Und der Laie erkennt, daß er eben ein Laie ist und bleibt. Gott sei Dank, da kommt die Bahn. —

Ein französisches Operettenduell. Paris hat auch seinen nationalistischen Skandal und die dazu gehörigen Enthüllungen. Das Ganze ist unendlich amüsanter und dramatischer als die Schmutzwäsche der Deutschnationalen. Der bekannte nationalistische Zeitungsmann Leon Daudet, Herausgeber der „Action Française“, ist von Paul de Cassagnac, dem Abgeordneten von Bors, zum Zweikampf herausgefordert worden. Bedingungen sind: gewöhnliche Armeeuniform und 15 Schritte Abstand. Daudet, der ein Meister in solchen Ratschlägen ist, hatte in seinem Blatt geschrieben, der Abgeordnete Cassagnac sei nicht, wie er behauptet, im Krieg verwundet worden. Cassagnac hat nun amüsliche Bescheinigungen beigebracht, daß er im September 1914 verwundet worden ist. Zudem behauptet er von Daudet, daß dieser die Sache des französischen Royalismus schände, wenn das überhaupt noch möglich sei, und daß seine Person wie sein Lebenswandel einen Schandfleck bildeten. „Und Sie sind es“, sagt Cassagnac, „der nicht am Kampf teilgenommen hat, dessen Bruder nicht gekämpft hat, aber das Kriegskreuz trägt, dessen Schwager nicht gekämpft hat, aber nach dem Krieg die Ehrenlegion erhalten und Clemenceau in einem Brief, der in der ganzen Presse Gelächter weckte, gebeten hat, ihm das Kriegskreuz zu verleihen. Sie sind es, dessen Sohn nicht gekämpft hat. Sie sind es, der es wagt, über Bunden und Neuzerungen von Kämpfern zu reden. Ihr Vater Alphonse Daudet hat zwei Laten vollbracht: er zeugte den „Lartarin“, der ein Meisterwerk ist. Dann zeugte er Sie!“ Cassagnac ließ Daudet durch seine Zeugen erklären, daß er ihn öffentlich ohrfeigen werde, wenn er die Forderung nicht annehmen sollte. Daudets Antwort war eine Ablehnung der Forderung. Zur Begründung seiner Weigerung erklärte er, daß er es ablehnen müsse, eine Forderung, die auf Dienstverweigerung bei 15 Schritt Distanz lautet, anzunehmen, da eine solche auf Schänderei im Stil der „Drei-Musketiere“ hinausläufe. Er verweist darauf, daß er bereits 11 Duelle ausgefochten, aber bei Ausbruch des Krieges sich gegen Duelle erklärt habe.

Der Neubau der Dresdener Gemäldegalerie soll schleunigst in Angriff genommen werden hauptsächlich um den zahlreichen Erwerbslosen Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Es soll nur ein Teil des ursprünglich geplanten Gesamtbauwerks ausgeführt werden. Er dürfte etwa 10 Millionen Mark kosten. Davon sind 2 Millionen bereits im Frieden bewilligt worden, während der Rest aus dem Erlös der staatlichen Porzellan- und Gemäldeversteigerungen gewonnen werden wird. Der neue Bau wird die Unterbringung sämtlicher Gemälde der modernen Abteilung der Galerie gestatten. Auch zahlreiche in den Kellern ruhende ältere Gemälde werden wieder ausgestellt werden.

Reichstage abgegebene Erklärung des Außenministers Heilmann. Reichsminister Dr. Simons hat die Notwendigkeit für den Reichsaussenminister des Neuen hervor, seine Politik stets im Einklang mit den Empfindungen des gesamten deutschen Volkes zu führen; denn die Diplomatie sei heute keine Geheimwissenschaft mehr. Er habe die Spanne Zeit, während welcher die Sachverständigen in Berlin die deutschen Gegenanträge im einzelnen ausarbeiteten, gern benützt, um mit den deutschen Stämmen, besonders auch mit dem Süden des Reiches, in Verbindung zu treten. Er halte an dem in seiner Reichstagsrede entwickelten Standpunkt fest. Kein deutscher Staatsmann könne es wagen, dem deutschen Volke 42 Jahre Frondienste unter den von der Entente gestellten Bedingungen zuzumuten. Man müsse es deshalb ablehnen, einen derartigen Vertrag zu unterzeichnen.

In Anbetracht der möglichen Folgen sei es für ihn von entscheidender Bedeutung, heute den Willen des ganzen Volkes durch den Mund seiner beruhenden Vertreter zu vernehmen. Die Lage Deutschlands müsse sich in den nächsten Wochen klären. Bei jeder Klärung spielten zwei Faktoren eine wichtige Rolle: einmal, ob Deutschland das in wirtschaftlicher Hinsicht ungeheuer wichtige ober-schlesische Gebiet behalte, und ferner, wie sich die Beziehungen Deutschlands zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika gestalten würden. Im übrigen beständen auch über die Auslegung der gegnerischen Vorschläge noch bedeutende Unklarheiten. Er erinnerte daran, daß hinsichtlich der praktischen Durchführung der 12prozentigen Ausfuhrabgabe auf der andern Seite

nicht weniger als vier Auffassungen ums entgegengetreten wären, deren Verwirklichung sich bei näherer Prüfung als mehr oder weniger unmöglich erweise.

In der sich anschließenden Aussprache stellten einige Mitglieder des Landtages Anträge über die künftige Haltung Amerikas, das polnische Problem und die eventuelle Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu Rußland. Der Reichsaussenminister nahm zu den sämtlichen Fragen eingehend Stellung. Der Staatspräsident schloß hierauf die Besprechung.

## Der Rechte.

Paris, 15. Februar. (T.) Poincaré wurde heute zum Präsidenten der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten mit 19 gegen 13 Stimmen gewählt, die auf De Selves entfielen.

## Debatte im Unterhaus.

### Eine neue Rede Lloyd Georges.

London, 16. Februar. (T.) Um 4 Uhr nachmittags begann gestern in englischen Unterhaus die Debatte über die Thronrede. Einer der ersten Redner war

### Asquith,

welcher bemerkte, die Thronrede sei vielleicht das, was sie verschweige, bemerkenswerter, als durch das, was sie enthülle. Ramentlich wurde unterlassen, genaue Mitteilungen über die Pariser Konferenz zu machen. Asquith begrüßte die bevorstehende Zusammenkunft der Ministerpräsidenten mit den Vertretern Deutschlands und der Türkei, doch wünscht er den Zweck und die Ausdehnung der Konferenz kennen zu lernen, ebenso in welchem Zusammenhang sie mit der Pariser Konferenz steht. Ferner wünscht Asquith genaue Informationen über die Ereignisse in Smyrna.

### Der Abgeordnete der Arbeiterpartei,

### Thomas,

wendet sich dagegen, daß die Thronrede in keiner Weise die Repressalien gegen Irland verurteile.

### Darauf ergriff

### Lloyd George

das Wort und führte aus, die Bedeutung der bevorstehenden Konferenz in London verbiete, die in Paris getroffenen Entscheidungen zu besprechen, schon deshalb, weil man die Gegenanträge Deutschlands nicht kenne. Was die Konferenz von Paris gelte, konnte sie nur infolge des Bestehens des Versailler Friedensvertrages vollbringen. Die Pariser Konferenz führte dazu, daß ein Einvernehmen getroffen wurde über eine feste Summe, die man von Deutschland fordern müsse, ohne daß sie die Zeit damit verloren hätte, daß jeder Staat eine genaue Liste der Schäden hätte anfertigen müssen, die er erlitten hat. Man habe sich nicht damit

Dänemarks bedeutendster Aukturiator, Prof. Troels-Lund ist im 81. Lebensjahre in Kopenhagen gestorben. Im Gegensatz zu den Historikern der älteren Richtung, die überwiegend die politische Geschichte behandeln, drang er in den ganzen Reichtum des Lebens ein. Sein Hauptwerk ist „Das tägliche Leben im Norden“ in 14 Bänden, dem wir hier in Deutschland nichts Entsprechendes an die Seite zu stellen haben. Mit seiner Methode der Lebensbeleuchtung sucht Troels-Lund die breite Mannigfaltigkeit des Lebens in vergangenen Jahrhunderten einzufangen und plastisch darzustellen. Er ist ein Meister der Sprache und ein Dichter zugleich, der Zusammenhänge ahnt, wo die Forschung verlagern muß, und der ins Herz der Menschen schaut. Mit der materialistischen Geschichtsbetrachtung, über die man in Deutschland schreibt, hat er Ernst zu machen begonnen.

Frederik Troels-Lund wurde in Kopenhagen am 5. September 1840 geboren, studierte, war von 1874—78 Privatdozent an der dortigen Universität, hielt Vorlesungen an der Kunstakademie. Als freier Mann hat er in tiefer Liebe zum Volke und im stolzen Glauben an den Fortschritt der Menschheit Geschichte geschrieben. Einige seiner Werke sind auch in deutscher Sprache erschienen („Das tägliche Leben in Skandinavien während des 16. Jahrhunderts“, „Himmelbild und Weltenerkenntnis im Wechsel der Zeiten“) und haben fruchtbringend bei uns gewirkt. R. H. D.

Die Drohnen. Im Anschluß an unsere Betrachtungen über „Bienen- und Professorenabeln“ sendet uns ein Leser folgendes Gedicht, das 1888 von dem modernen Freiheitsmann Ludwig Richard Zimmermann veröffentlicht wurde:

Die Drohnen in dem Bienenstock,  
Die führen ein sterblich Leben;  
Sie sorgen nicht um Dach und Brot —  
— Die Bienen müssen's geben.  
Noch allgemeiner erschöpft sich  
Auch die Geduld der Bienen;  
Sie werden müd, ein saul' Gezucht  
Behorfsamst zu bedienen.  
Denn spricht ein rascher Volksbefehl  
Der Drohnenwirtschaft Ende; —  
Einen Bienenbrauch, der würdig ist,  
Daß er — Verbreitung fände.

Karl Doermann, der frühere Direktor der Dresdener Gemäldegalerie, läßt demnach von der Neubearbeitung seiner „Geschichte der Kunst aller Zeiten und Völker“ einen neuen Band, den fünften, im Bibliographischen Institut erscheinen. Dieser Band widmet die Kunst des Barock und Rokoko, der sechste wird dann das Werk des 19. Jahrhunderts führen.

Vorläufig. Ueber „Kunstgewerbe“ spricht am 12. u. am 26. Feb. auf Einladung der Volksbühne G. R. Dr. Egon Wiener im Kunstgewerbemuseum. Vorträge von 11 Uhr, in der Besprechungsstunde der Volksbühne, an den folgenden Theaterabenden usw. — In der Vortragsreihe der Volksbühne für Volkshochschule spricht am 13. Februar, 7½ Uhr, im Kunstgewerbemuseum Dr. G. Guldberg über: „Kunst und Bevölkerung“.

„Neues Theater am Zoo“ mit Gustav Gargis im Herbst das bisherige Theater im Landwehroffizier-Kasino nennen, um dort zu lust- und schaukeln.

## Der Laie macht sich Gedanken.

Etwas abgekonnt nach der Tagesarbeit stand er und wartete auf die Elektrische zur Heimfahrt, nämlich er, von dem wir sprechen, der Laie. Wie immer wandte er sich um sich von der zerreißenden Nervosität des Wortens abzulenken, „zu volkswirtschaftlichen Studien“ den benachbarten Läden zu.

Das Schuhgeschäft kann nichts Neues bieten, denn die Lederpreise halten. Mehr Aussicht auf angenehme Beobachtung bietet das Bekleidungsgeschäft daneben. In dem herausfordernd gebogenen Schaufenster, das kaum den Eingang freiläßt — man spaziert gewissermaßen durch die Auslage in den Laden — stolpert man zuerst über eine wunderbare Käseplatte. Holland, Italien, Frankreich und etwas Deutschland finden sich darauf in anmutigem Stilleben zusammen, getrennt durch Käsegebäcke. Ueber Auslandsfälle und Devisenfrage gelangen die müden Gedanken zum weißen Mehl des Gebäcks. Wo kommt das weiße Mehl her? Ist richtig, wir führen ja Millionen Tonnen Brotgetreide für so und so viel Milliarden ein — zweifellos für derartige Luxusernährung — Kochgeräten hat der arme Laie Stunden verbracht, um sein krankes Kind dem Bezirksarzt vorzustellen und eine Bescheinigung für Krankenbrot zu erhalten. Vergeblich! Denn das Mehl ist knapp und muß unter großen Opfern eingeführt werden! Aber überall kann man weißes Brot und Kuchen kaufen, wenn man die Quellen kennt.

Wo hat der Laie doch in den letzten Tagen große Bager von Müllig gesehen und sich nach der Herkunft der ersten Silbe dieses teuren Wälderpräparates gefragt? Die Eindrücke der letzten Tage: So und so viel Kinder ohne Hemd, so und so viel tuberkulöse, zunehmende Arbeitslosigkeit, Rückgang des Exportes, Forderung der Entschädigung, Hoffnungslosigkeit des deutschen Volkes; „komme, was kommen mag“. Alles das wirbelt durcheinander und verpirrt den Laie beim Anblick von Müllig und Käsestangen.

Aber das hat er schon so oft vergeblich durchdacht, daß er sich der nächsten Platte zuwendet. Da liegen sie in Waite verpackt, jungfräulich, ohne Fleck und Tadel. Die „Blutplausen vom Kap der guten Hoffnung“ Herrgott, der Laie saßt sich an den Kopf. Wie war das doch mit der deutschen Flagge auf dem Weltmeer? Unter welcher Flagge mögen diese Blutplausen nach Deutschland heringelegt sein! Morgen wird der Laie zu dem Minister gehen, und ihm sagen: „Wir schufen und darben, heute und für die kommenden Jahrzehnte zur Schaffung von Devisen — für Blutplausen vom Kap der guten Hoffnung.“ Aber keiner von den Ministern wird natürlich dafür zuständig sein! Keiner wird dieses Wunder auflösen oder verantworten wollen! Blutplausen vom Kap der guten Hoffnung, das ist heute das Wahrzeichen für die Ordnung in Deutschland! Unter diesem Gesichtswinkel wird Deutschland vom Ausland gesehen und — eingeschätzt. Es liegt eine großartige Harmlosigkeit in diesen Erscheinungen; aber



aufgehalten, alle Einzelheiten zu prüfen und zu erörtern. Die Vorschläge und die Entscheidungen, welche die Pariser Konferenz traf, unterscheiden sich von denen, welche früher getroffen wurden, namentlich bezüglich der Höhe der Jahreszahlungen, die je nach dem wachsenden Wohlstand Deutschlands verschieden sein werden. Und diesen Wohlstand Deutschlands werde man an der deutschen Ausfuhr erkennen können. Es liege sowohl im Interesse der Alliierten wie Deutschlands, daß die Gesamtsumme der Entschädigungen festgestellt werde. Die Beschuldigungen, daß die getroffenen Entschädigungen bezüglich der deutschen Entschädigungssumme im Widerspruch mit dem Versailler Vertrag ständen, lehnt Lloyd George entschieden ab. (71)

Bezüglich Irlands erklärte er, daß sich die Forderung weiterhin weigere, den Bericht des Generals Strickland über die Repressalien zu veröffentlichen. Irland sei im Zustande vollkommenen Anstufes, infolgedessen müßten auch energische Maßnahmen ergriffen werden. Die Anschuldigungen gegen Polizei- und Militärpersonen seien zum größten Teil ungesichert. Wenn Unzulänglichkeiten vorgekommen seien, habe die Regierung mit größter Strenge Gegenmaßnahmen ergriffen. Alle Mitglieder der Polizei, die sich Uebergreife zuschulden kommen ließen, würden sofort abberufen.

Was den Friedensvertrag von Sévres anbelange, so könne man die Vorschläge noch nicht, welche der Londoner Konferenz unterbreitet werden sollen. Das Unterhaus möge sich nicht auf Erörterungen einlassen, welche keine feste Grundlage haben können, und welche nur auf Zeltungsansprüchen beruhen. Das oberste Interesse für Großbritannien und die ganze Welt besteht darin, daß Frieden im Orient und in Mitteleuropa herrsche. Die Vertreter Englands auf der Londoner Konferenz sind alle von diesem Geiste erfüllt.

## Curzon im Oberhaus.

London, 16. Februar. (W.B.) Oberhaus. Lord Curzon bezeichnete in einer Rede den Wahlsieg des Generals Smuts in Südafrika als einen Sieg nicht nur für die Union, sondern auch für das Reich als Ganzes. Mit Bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten erklärte Curzon, die allgemeine Lage in Europa — er wünschte, er könnte dasselbe von Asien sagen, könne es jedoch nicht — sei unzuverlässig hoffnungsvoller als vor einem Jahre. Die verschiedenen durch den Krieg geschaffenen Staaten seien daran, unter großen Anstrengungen und zahlreichen Schwierigkeiten ihren nationalen Bestand aufzubauen. Ueber die Pariser Konferenz sprechend, führte Curzon aus, die Hauptaufgabe der Großmächte, die noch immer eng und glücklich zusammenarbeiteten, sei unzuverlässig die Durchführung, wenn möglich unter gemeinsamer Zustimmung, der Bedingungen des Versailler Friedensvertrages. Dieser Vertrag sei unterzeichnet und ratifiziert worden. In vielen wichtigen Punkten seien jedoch seine Bedingungen bisher nicht durchgeführt worden. Das wahre Bollwerk des europäischen Friedens und damit des Weltfriedens sei das dauernde Zusammenwirken der Großmächte und insbesondere Großbritanniens und Frankreichs. Dieses Zusammenwirken sei auf der letzten Konferenz in Paris warm betont worden. Zu der Kritik, daß die Thronrede, keine besondere Bezugnahme auf die Pariser Konferenz enthalte, erklärte Curzon, die Fortsetzung dieser Konferenz, von der man hoffe, daß sie die erreichten Beschlüsse zur Durchführung bringen werde, solle in London in weniger als zwei Wochen stattfinden. Es sei keine leichte Aufgabe bevor; und vielleicht sei es besser, wenn er die Probleme, die sich dann ergeben würden nicht allzu genau untersuche, um nicht durch irgendwelche Äußerungen die bevorstehende Aufgabe noch zu erschweren.

## Rechtswidrige Waffenbeschlagnahme.

Die Reichshandelskammer, welche die Verwaltung des gesamten ehemaligen Heeresarsenals übernommen hat, muß für vollständige Abklärung des ehemaligen Bestandes sorgen. Durch die Entlassung von Kulis war ein Verzeichnis der in Offizieren befindlichen Waffen aufgestellt worden, demnach die Heberade im Westen zu erfolgen hatte. In den letzten Wochen ist nun ein beträchtlicher Transport von den Polen

in Dirschau angehalten und beschlagnahmt

worden. Die Reichshandelskammer, die für die Abklärung haftbar ist, hat dies der Interalliierten Kommission in Kóniasberg mitgeteilt. Die Wagen waren mit einem Entenservermerk versehen. In sämtlichen Waggons befanden sich französische Feldgeschütze und Broden. Die nach Bismarck (Hessen) gebracht werden sollten. Der kanonische Verbindungssystem in Kóniasberg hat wiederholt mit der Reichshandelskammer Verhandlungen geschlossen, um die Rückgabe der Geschütze durchzusetzen. Bisher ist die Rücksendung an die Reichshandelskammer nicht erfolgt, und die Interalliierte Kommission hat auch keine Mitteilung darüber gemacht, daß die Polen die Geschütze zur Verfügung gestellt hätten.

## Ein Unrecht.

Obwohl für alle Ausländer Paktung und Postzölle in Reich, unterliegen deutsch-österreichische Arbeiter im Reich noch der altpreußischen Skizine des besonderen Arbeiter-entlastungswanges, wofür sie noch 30 oder gar 75 M. 1850 bis 900 deutsch-österreichische Kronen) zahlen müssen; der Post kostet etwa ebensoviel — eine skandalöse Doppelbesteuerung gerade von Arbeitern. Vorstellungen des Oesterreichischen Volksbundes beim preußischen Ministerium des Innern waren bisher fruchtlos. Es ist Zeit, Abhilfe zu schaffen!

## Schwedens Kabinettsfrage.

Stockholm, 16. Februar. (W.B.) Branting beriet mit dem sozialdemokratischen Vertrauensrat und der Fraktion. Das Ergebnis ist noch nicht bekannt, doch wird Branting möglichst bald den König benachrichtigen, ob er den Ruf nach zur Kabinettsbildung übernehmen kann. Dem Oesterreichischen Konsulatsrat zufolge haben führende Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei erklärt, daß die Partei nicht am Will sei, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Die konservative Presse bringt immer entschiedener darauf, daß diejenigen Parteien, welche die frühere Regierung gestützt haben, auch die Verantwortung durch Übernahme der Regierungsgeschäfte tragen müssen. Die liberalen Wähler glauben nicht an eine Regierung der Linken, sondern nehmen an, daß ein rekonstruiertes Kabinet aus höheren Beamten gebildet werden wird.

## Unbrauchbare Junkersflugzeuge.

Paris, 16. Februar. (G.E.) Die die „Chicago Tribune“ aus Washington meldet, sind von den kürzlich zur Ablieferung gelangten acht Junkersflugzeuge vier in vollkommen unbrauchbarem Zustande eingetroffen. Auf drei anderen brach auf ungeklärte Weise ein Brand aus, bei dem sieben Fluggesamter ums Leben kamen. 14 Offiziere wurden in Untersuchung genommen.

## Groß-Berlin

### Er verachtet...

Genosse Pfarrer Bleier schreibt uns:

Vor kurzem hielt ich einen Vortrag über das Thema: „Was können wir für den Frieden tun?“ Ich ging aus von der bekannten Entente und führte aus, daß wir den auf uns ausgeübten Druck nur verstehen könnten, wenn wir berücksichtigten, wie Belgien und Nordfrankreich im Kriege zugerichtet werden seien, und diesen Druck nur mildern könnten, wenn wir den Abrüstungsorderungen entsprochen und entschlossen wären, zum wirtschaftlichen Aufbau der neuen Welt so viel Opfer zu bringen, als wir bei gutem Willen bringen könnten. In der Diskussion meldete sich kein Gegner zum Wort.

Am folgenden Morgen kam ein deutschnationaler Jüngling, den ich im Kriege unterrichtet habe, in meine Wohnung und verlangte in barschem Tone, aus dem die ganze Annäherung eines Menschen herausklang, der herausfordern will, Aufklärung darüber, weshalb Deutschland die Schuld am Kriege trüge. Ich bot ihm die Hand zur Begrüßung. Er schlug sie aus. Ich lud ihn ein, Platz zu nehmen. Er lehnte es ab. Daraufhin lehnte ich, es ab, ihm Antwort zu geben. Er brach in wüste Schimpereien aus, wie „Hochverräter“, „wir verachten Sie“. Ich forderte ihn auf, das Zimmer zu verlassen. Er schlug voller Wut die Tür zu, daß sie in allen Fugen erzitterte und machte sich einige Tage später in einem Artikel eines „nationalen“ Blättchens Luft, worin er klagt, daß ich ihn nicht wegen Beleidigung verklagt hätte. Nein, Herr stud. phil. Albert de Gruyter, diese Ehre tue ich Ihnen nicht an! Ich kann Sie nur bemitleiden wegen Ihres Benehmens, das weder deutsch noch national ist. Ich kenne viele junge Deutsche, die den Häusern armer Eltern entstammen und die Gemeindeschule besucht haben, aber keinen einzigen, der sich mir gegenüber so aufgeführt hat, trotzdem Sie einem reichen Hause entstammen und die Leibniz-Oberrealschule besucht haben.

Die „Vorwärts“-Leser wird es interessieren, daß Herr de Gruyter Berliner Straße 49 wohnt. Das ist das Haus, in dem Herr Gerichtsassessor Dr. Hans Henl wohnte, der Gründer des Berliner Heimatsverbandes, der nach der Entdeckung des Waffenfundes in Westend nach dem Bericht des Polizeipräsidenten flüchtig geworden ist. Vielleicht kann Herr de Gruyter Auskunft geben, wo Herr Dr. Henl sich aufhält, zumal er selbst in den Kapp-Tagen schwer bewaffnet durch Charlottenburgs Straßen marschierte.

## Die Straßenbahntarif-Erhöhung.

Der Stadiverordneten-Ausschuß zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Berliner Straßenbahn, dem auch die neueste Tarif-Erhöhung zur Vorbereitung überwiesen worden ist, hat in seiner gestrigen Sitzung die von ihm aufgestellten acht Punkte zur Erhebung der Wirtschaftlichkeit der Straßenbahn in zweiter Lesung beraten und dabei einige Änderungen vorgenommen. So wurde insbesondere Punkt 6, der von den Stromkosten handelt und der in der amtlichen Verfassung über die Ablicht des Antrages und des Ausschusses hinausging, dahin geändert, daß die Stromkosten auf die Selbstkosten der S.E.W. mit einem vom Magistrat festzusetzenden Zuschlag beschränkt werden. Nach Vornahme einiger weiterer kleiner Änderungen stimmte der Ausschuß endgültig den acht Vorschlägen zu und trat dann in die allgemeine Aussprache über die Tarif-Erhöhung ein. Die Erhöhung des Fahrpreises für Einzelsfahr- schein auf 1 M. wurde dann mit allen gegen 1 Stimme (die des kommunistischen Vertreters) beschlossen. Ferner stimmte der Ausschuß mit allen gegen 2 Stimmen dem Umsteigefahrschein zu 1,50 M. zu. Die Abstimmung über die Preise für Zeitkarten und die Ausdehnung der Schülerkarten auf die 4000 nichtenden Studenten Berlins wurde auf Donnerstag vertagt.

## Die großfürstliche Gemahlin.

### Einträgliche Hochstapeleien.

Der Itelzauber geht weiter um und zieht alle Dummen rettungslos in seinen Bann. Wie fabelhaft leicht es dadurch gewissen Verbrechern gemacht wird, die dieses auszunutzen verstehen und in entsprechender Ausmachung mit einem prächtigen Namen behängt, die Welt durchziehen, beweist im besten Fall einer früheren Puzmacherin Anna Sannet, die bereits eine längere Zuchthausstrafe hinter sich hatte und jetzt wieder verhaftet wurde. Die unternehmende Dame, die selbst erklärt, daß ihr Hang zu Luxus und Wohlleben es ihr unmöglich mache, ein gewöhnliches Dasein zu führen, machte zuerst in der Öffentlichkeit von sich reden, als sie unter dem Namen der Gemahlin eines russischen Großfürsten austrat und große Betrügereien verübte. Eine Zeitlang hatte sie dann mit einem Geliebten zusammen in Berlin eine hochherrschalich eingerichtete 14-Zimmer-Wohnung, in der sich das Paar eine zahlreiche Dienerschaft hielt. Ein eigenes prachtvolles Pferderegiment und ein nicht weniger schönes Auto dienten dazu, bei den Geschäftsteuten, bei denen die vornehme Dame einkaufte, ihren Reichtum in das hellste Licht zu stellen. Das Schwindelgebäude brach aber endlich zusammen und die Puzmacherin wurde zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Strafe wirkte so wenig auf sie, daß sie gleich nach der Entlassung ein Pensionat im Westen Berlins bezog und ihre Hochstapeleien sofort wieder aufnahm.

Hier ließ sie den Großfürsten noch einmal aufleben. Er sollte auf einer Bank in Amsterdam 800 000 M. für sie angelegt haben. Durch vorgetäuschte Ferngespräche mit Bankdirektoren machte sie das so glaubhaft, daß man ihr gern beliebigen Kredit einräumte. Man stundete ihr nicht nur Rente und Kost, sondern ließ ihr noch bares Geld, soviel sie haben wollte, dazu, bis sie plötzlich verschwand. So suchte sie nun ein Pensionat und ein Hotel nach dem anderen heim. Bald als Gräfin Burgsch, bald als Gräfin von Berner usw. Zum zweitenmal von der Kriminalpolizei gefolgt, erhielt die Hochstapeleierin eine längere Zuchthausstrafe, die sie in Sagan verbüßen sollte. Bei der Revolution wurde sie hier befreit. Wo sie sich seitdem überall aufgehalten hat, muß noch untersucht werden. Zuletzt kam sie wieder nach Berlin. Hier gelang es ihr bald, einem Geschäft für 25 000 M. Waren abzuschwindeln. Dann lernte sie auf der Straße einen Mann kennen, dem sie von einem Brillantschmuck von hohem Wert erzählte, den sie verkaufen möchte. Sie beschrieb ihn so genau, daß der Leichtgläubige sich zum Erwerb entschloß und ihr, ohne den Schmuck gesehen zu haben, gleich eine Anzahlung von 50 000 M. mitgab. Bevor diese Strecke nach zur Kenntnis der Kriminalpolizei kamen, konnte die Schwindlerin auf mehrere Anzeigen hin aufs neue verhaftet werden.

Ein günstiges Vorzeichen für die Wahlen am Sonntag war die öffentliche Wählerversammlung in der geräumigen Schulaula Dunderstr. 64, in der am Dienstagabend Genosse Lehner Krugler über die bevorstehende Wahl sprach. Trotz des unausgeseht niederrückenden Regens war der Versammlungsraum bis auf den letzten Platz gefüllt. In temperamentvoller Weise behandelte der Referent das Sündenregister der reaktionären Parteien, die für die kommende Wahl große, aber wahrscheinlich vergebliche Hoffnungen hegen. Trefflich verstand es Genosse Krugler, den Beweis dafür zu erbringen, warum die Wähler den sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme geben müssen. In der Diskussion hatte keiner der zahlreich anwesenden Unabhängigen und Kommunisten den Mut, den Ausführungen des Referenten entgegenzutreten. Nur ein recht naiver Anhänger der S.P.D. versuchte vergeblich, einige Ausfahrungen zu machen. Von unseren Genossen sprachen noch der Landtagsabgeordnete Körnerberg, der die wüste und verlogene Agitation der Deutschnationalen an Hand zahlreicher Flugblätter beleuchtete und Genosse Hans Weber, der vor allem an die Frauen den Appell richtete, am Wahltage all der Leiden eingedenk zu sein, die das verrottete monarchistische System über unser Volk heraufbeschworen hat. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie gingen die Massen auseinander.

## Ueber die Besetzung des Bezirksamtes XI (Schöneberg-Friedenau)

beriet der Ausschuß und brachte, da der Bezirk eine starke bürgerliche Mehrheit aufweist, mit einer Ausnahme nur bürgerliche Kandidaten in Vorschlag. Von der Vertretung aller Parteien aber auch nur der starken Widerstandsparteien kann gar keine Rede sein. Mit Stimmenmehrheit wurde beschlossen, der Bezirks-Versammlung folgende Kandidaten zu empfehlen: Bürgermeister Stadtrat Berndt, Berlin, Stellvertreter: Stadtsyndikus Dr. Ruffinus, Raurat für Hochbau: Prof. Kassen, Raurat für Tiefbau: Weingeordneter Weger, Friedrichsfelde, Saurat: Direktor Honnemann, Friedenau, Medizinalrat Dr. Weitzant, Schöneberg, für das Wohlfahrtswesen: Stadtrat Mohr, S.P.D. und als dritter Jurist: Magistratsrat Dr. Veier, Berlin. Alle weiteren Vorschläge der sozialistischen Parteien wurden von den bürgerlichen Fraktionen abgelehnt, da angeblich, wie der Vertreter der Deutschnationalen Partei erklärte, die Unabhängigen die Vereinbarungen der Parteien in vielen Bezirken nicht gehalten haben. Da, wie überall, so auch hier, die Kommunisten verweigern, wird das zukünftige Bezirksamt aus sieben bürgerlichen und einem Sozialdemokraten als besetzte Mitglieder bestehen.

## Die Lazarettausfahrungen.

Der Republikanische Führerbund hatte in Verbindung mit der Lazarettkommission eine Versammlung der Lazarettinsassen nach der Vorkammer in der Fildemstraße einberufen. Der Leiter der Versammlung betraute zunächst auf die unhaltbaren Zustände in den Lazaretten. Die Insassen würden vielfach entlassen, ohne geheilt zu sein. Ohne Wohnung und ohne jegliche Existenzmöglichkeit würden die Leute auf die Straße gesetzt. Mit Hilfe der Sicherheitspolizei würden jetzt die Lazarette in Tempelhof und Tegeel aufgelöst. Diejenigen, die man nicht direkt abweisen könne, kämen nach der Alexandrinenstraße, jenseit Uebergangslazarett, von wo aus sie dem gleichfalls bald entlassen werden. Hier hätten die Kriegsbeschädigtenverbände eingreifen müssen. Leider seien sie durch die Zerplitterung machtlos. Der Republikanische Führerbund werde versuchen, hier einzugreifen.

Hierauf hielten Rieffahl und Lachmann einen Vortrag, der die Besucher über die Notwendigkeit des Beitritts zum Republikanischen Führerbund und über die Verpflichtung der Wahlbeteiligung am 20. Februar aufklärte. Ein Diskussionsredner, der von einer Wahlbeteiligung abriet, weil eine Besserung doch nicht eintreten werde, wurde von Rieffahl in sehr eingehender Weise widerlegt.

## Verdammene Kinder.

Auf einer Woche der Schutzpolizei erschien der Former Robert Obst aus der Wangsdorferstraße und teilte mit, daß sein 11-jähriger Sohn Walter spurlos verschwunden sei. Der Knabe trug u. a. einen blauen Mantel, graue Hosen und schwarze Schuhe. Fast gleichzeitig wurde das Verschwinden zweier Mädchen gemeldet, der 14-jährigen Charlotte Wäber aus Pichersfelde und der 17-jährigen Gertrud Lilienberg aus Skagitz.

## Hochwasser im Oderbruch.

Infolge der andauernden Niederschläge in den letzten Wochen ist das Oderbruch zu einer großen Wasserflut geworden. An einem Abfluß des Wassers ist vorläufig nicht zu denken, da die Abfluharbeiten überflutet sind. Viele Winterwohnhäuser sind dadurch vernichtet worden. Die Ueberschwemmungen zwischen Potsdam und Wandenburg haben jetzt ihren Höhepunkt erreicht, denn an einigen Stellen ist schon ein Sinken des Wassers zu verzeichnen.

## Puppenbau.

Hedwig Buschmann, Kurfürstendamm 43, veranstaltet eine Puppenshow von eigenem Reiz und vorzüglicher Wirkung. Dabei sind diese Puppen tatsächlich aus dem Nichts entstanden. Sie wurden aus Draht und Papier oder den besten Stoffen gefertigt. Das Gesicht besteht aus einer Holzperle, die durch geschickte Pinselstriche Ohren, Nase und Mund bekam. Alles aber hat Ausdruck und atmet Leben. Hedwig Buschmann liebt die Bewegung und versteht es, diese in Ruhe festzuhalten. Aus den einfachsten Sachen kann sie Gedanken und Einfälle, kann sie eben alles formen, was sie will.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 16. Februar:

Schnepfendorf, 7 1/2 Uhr große öffentliche Volksversammlung im Hotel Dade, Blankenburger Straße. Referent Genosse Gustav Weide.

## Aus aller Welt.

Das Totenauto. Auf der Straße von Weihen nach Bockl in Oberbayern wurde ein Auto angetroffen, dessen beide Insassen, in denen man wohl den Führer und den Besizer des Wagens vermuten darf, durch Schüsse getötet waren. Nähere Angaben fehlen noch. Von München aus ist sofort eine Gerichtskommission an den Tatort abgereist.

Eine Flugmaschine mit beweglichen Flügeln ist von einem Amerikaner erfunden worden, der bezeichnenderweise Bird (Vogel) heißt. Er hat in dem Staat Californien mit dieser Maschine, die er patentieren ließ, wiederholt erfolgreiche Probeflüge ausgeführt. Der Erfinder behauptet, daß sein Flugzeug 160 englische Meilen (je 1609 Meter) in der Stunde zurücklegen könne und versichert, daß er nicht der Propeller bedürfe, um das Gleichgewicht in der Luft aufrecht zu erhalten. (F.P.S.)

Das wandernde Gebirge. Man sagt, daß der Glaube Berge verjagen könnte; aber die Berge an der Küste des Stillen Ozeans warten nicht, bis der Glaube kommt. Nach einer Beobachtung des Professors A. C. Lawson von der Universität California sind sie in einer langsamen, aber stetigen, nordwärts gerichteten Bewegung begriffen. So soll sich der Berg Tamolpais in der Nähe von San Francisco zwischen 1854 und 1906 10 Fuß nordwärts bewegt haben und das große Erdbeben in San Francisco hierdurch hervorgerufen worden sein. (F.P.S.)



